

GEMA-Entscheidung bestraft Ehrenamt im Verein

oder

GEMA-Entscheidung tritt Ehrenamt in Vereinen mit den Füßen

Die von der GEMA (Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte) kürzlich an alle Städte und Gemeinden in Hessen verschickte Kündigung der sogenannten Magistratsvereinbarungen zum 30.4.2014, ist nur schwer nachvollziehbar, denn sie trifft vor allem die örtlichen Vereine und bestraft damit indirekt jegliches ehrenamtliches Wirken.

Schließlich war mit den besagten Magistratsvereinbarungen seither ein Nachlass von immerhin 20% der anfallenden Gebühren für alle Vereine verbunden, die ihre GEMA-pflichtigen Veranstaltungen über die jeweilige Kommune angemeldet hatten.

Die entsprechenden Mitteilungen der Städte und Gemeinden in der heimischen Presse, so auch in meinem Wahlkreis, zwischen Gründau und Niederdorfelden, machen in erschreckender Weise deutlich, was mit dieser - zum 1. Mai 2014 - in Kraft tretenden Neuregelung künftig an zusätzlichem Aufwand für die Vereine, und damit für alle in den Vereinen ehrenamtlichen Funktionsträger ein-hergeht. So erledigten bisher die zuständigen Sachbearbeiter/innen in den Rathäusern der Städte und Gemeinden, stellvertretend für die Vereine, diese mit der Anmeldung der gebührenpflichtigen Veranstaltungen an die GEMA verbundene Korrespondenz. Künftig müssen dies die in den Vereinen ehrenamtlich tätigen Verantwortlichen, beginnend mit dem Abruf der Anmeldeformulare über die Homepage der GEMA, dem Ausfüllen der Formulare und auch der Abwicklung der Bezahlung, alles selbst erledigen.

Es erschließt sich dem Außenstehenden keineswegs, was die GEMA zu diesem Schritt bewogen hat, der den Vereinen neben der zusätzlichen Arbeit letztlich auch noch eine finanzielle Mehrbelastung beschert.

Resümierend bleibt daher festzustellen, dass dies mal wieder ein negatives Musterbeispiel ist, das zeigt, wie groß die Kluft zwischen dem Anspruch, ehrenamtliches Wirken zu fördern und zu honorieren einerseits, wie von Politikern oft beschworen, und der traurigen Realität im Behördenalltag, ist. Das ist wirklich schade!